

DER VORSTEHER
DES EIDGENÖSSISCHEN DEPARTEMENTES
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Bern, 25. Juli 1990

p.B.73.Afr.S.O.(2).-Y0/BAT

Anti-Apartheid Bewegung
der Schweiz
Postfach 1022

8036 Z ü r i c h

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich bestätige den Empfang der Petition "Stop den Apartheid-Hinrichtungen", die Ihre Bewegung am 21. Dezember 1989 bei der Bundeskanzlei eingereicht hat. Ich nehme dazu wie folgt Stellung.

Im Bereich der Menschenrechte ist die Schweiz gegenüber Südafrika wiederholt und auf verschiedenen Ebenen (bis hinauf zum Bundespräsidenten) in einer Vielzahl von Situationen und Einzelfällen vorstellig geworden, z.B. für die "Sharpeville 6" und Nelson Mandela. Unseren Bemühungen, die oft parallel zu Interventionen anderer Staaten erfolgten, waren zum Teil nicht zu unterschätzende Erfolge beschieden.

In diesem Zusammenhang möchte ich beifügen, dass wir uns am 4. Oktober 1989 bei den südafrikanischen Behörden generell für die Inhaftierten eingesetzt und eine bessere Beachtung der Menschenrechte gefordert haben. Bei dieser Gelegenheit haben wir insbesondere auch auf die Proteste und die Bestürzung hingewiesen, welche die Vollstreckung von Todesurteilen in Südafrika in unse-

. / .

- 2 -

rem Land auslösen, hauptsächlich wenn politische Gefangene betroffen sind. Wir gaben dabei unserer Ueberzeugung Ausdruck, dass solche Hinrichtungen die durch die Apartheid-Politik hervorgerufenen sozialen Spannungen nur verschärfen und den von uns gewünschten Dialog zusätzlich erschweren würden.

Die Situation in Bezug auf die Hinrichtungen hat sich in den letzten Monaten verbessert. Ihre Anzahl verminderte sich im Jahre 1989 um mehr als die Hälfte auf 53, gegenüber 117 im Jahre 1988. Dazu kommt, dass der Staatschef Südafrikas im vergangenen Jahr 63 Todesurteile in Haftstrafen umwandelte. Noch im Jahre 1988 waren dies erst 49 und 1987 lediglich 20 gewesen. Somit erfolgten im vergangenen Jahr erstmals mehr Begnadigungen als Hinrichtungen.

In diesem Zusammenhang sind die Verdienste der südafrikanischen Organisation "Lawyers for Human Rights" hervorzuheben. Dank ihrer Wachsamkeit wurden Hinrichtungen, welche zur Ausführung gelangten, ohne dass der legale Rekursweg ausgeschöpft worden wäre, fast vollständig reduziert. Auf sie gehen letztlich die 22 "stays of execution" zurück, welche 1989 erreicht wurden. Es wird Sie interessieren, dass mein Departement diese Organisation im Rahmen unseres Programmes der positiven Massnahmen zugunsten Südafrikas unterstützt. Dies ist auch dem beiliegenden Pressecommuniqué vom 8. August 1989 zu entnehmen.

Im übrigen hat Präsident F.W. de Klerk in seiner Rede zur Eröffnung des südafrikanischen Parlamentes am 2. Februar 1990 die Suspendierung sämtlicher Hinrichtungen angekündigt, die Frage der Todesstrafe sei durch das Parlament zu überprüfen. Die südafrikanische Regierung vertritt die Ansicht, dass sich eine Reform aufdrängt, bei welcher die Todesstrafe auf extreme Vergehen zu beschränken und ein Recht auf automatische Appellation vorzusehen ist. In der Beilage erhalten Sie eine Kopie dieser Rede, welche unter Ziffer 3 die entsprechende Passage enthält.

- 3 -

Schliesslich möchte ich betonen, dass ich Präsident F.W. de Klerk bei dessen Besuch am 22. Mai 1990 in Bern auf die Verurteilung der Apartheid durch die Schweiz und die Bedeutung, welche wir der Respektierung der Menschenrecht beimessen, hingewiesen habe.

Ich hoffe Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, mit diesen Angaben gedient zu haben.

an	CP	HMZ					a/a
Datum	8.8.						
Via	CP	HMZ					CP
EDA		07.08.90		11			
Ref.		f. 3AM Südafrika					

Mit freundlichen Grüssen

René Felber

Beilagen erwähnt

- Kopie ohne Beilage:
- Departementsvorsteher
 - Sekretariat BRF
 - Staatssekretär Jacobi
 - Sekretariat JAC
 - Generalsekretariat
 - Schweizerische Bundeskanzlei (ad: Ihr Brief 658/102 vom 12.7.90)
 - Direktion für Völkerrecht
 - Direktion für Entwicklungshilfe und humanitäre Zusammenarbeit
 - SI, CFR, YO, HDA

Kopie: mit Photokopie des obenerwähnten Briefes vom 12.7.90 mit seinen Beilagen:

- Schweizerische Botschaft, Pretoria